

Arbeitsplan der DKP Bezirksorganisation Rheinland Westfalen für die Periode zwischen der 21. BDK und der 22. BDK

Inhaltsverzeichnis

- 1. Unsere politischen Grundlagen**
- 2. Struktur unseres Bezirkes**
- 3. Unsere politisch-inhaltlichen Schwerpunkte**
- 4. Unsere organisationspolitischen Schwerpunkte**
- 5. Kommunalpolitik**
- 6. Wirtschafts- und Sozialpolitik**
- 7. Jugendpolitik**
- 8. Marxistisch-Leninistische Bildungsarbeit**
- 9. Unsere Zusammenarbeit mit der Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen**
- 10. Weitere Arbeitsfelder unserer Bezirksorganisation**

Vorbemerkungen

Der erste Entwurf des Arbeitsplanes entsprang dem Versuch des Bezirkssprecherrates und des Bezirkssekretariats, sich untereinander auf die wesentlichen Aufgaben zu verständigen. Wir haben dabei gemerkt, wie differenziert es sein kann, solch einen Plan mit möglichst hoher Kollektivität zu erarbeiten, wie viel Abstimmungs- und Rückkopplungsarbeit dabei notwendig ist. Die Arbeit am ersten Entwurf des Arbeitsplanes ließ den Bezirksvorstand zusammenwachsen und zeigte gleichzeitig unsere Grenzen auf.

Wir legten den ersten Entwurf in dem Bewusstsein vor, dass er eben ein erster Entwurf war und durch die Genossinnen und Genossen unserer Bezirksorganisation diskutiert und noch verändert und verbessert werden sollte. Dazu fasste der Bezirksvorstand einen Beschluss.

Unsere Herangehensweise bei der Erarbeitung dieses Arbeitsplanes war vor allem, unserer Bezirksorganisation eine abrechenbare Grundlage für ihre Arbeit zu geben. Dieser Arbeitsplan wird noch durch Maßnahme- und Terminpläne in den einzelnen Bereichen zu ergänzen sein. Dies sollte dann aber Aufgabe der jeweiligen Kommissionen und Arbeitsgruppen sein.

Unser Pressefest fand sich in diesem Arbeitsplan zunächst nicht wieder, obwohl es als zentrales Arbeitsfeld unserer Bezirksorganisation gilt. Vor dem Hintergrund, dass wir im Zeitplan zum Arbeitsplan beschlossen hatten, diesen erst zum Ende des 1. Quartals 2016 nach ausgiebiger Diskussion in der gesamten Bezirksorganisation zu verabschieden, entschlossen wir uns, zum Pressefest eine gesonderte Konzeption zu entwerfen, die der Tatsache Rechnung trug, dass es bis zum Pressefest 2016 nur noch lediglich sechs Monate waren.

1. Unsere politischen Grundlagen

Grundlagen unserer politischen Arbeit im Bezirk Rheinland-Westfalen sind das Parteiprogramm und die Dokumente des 20. und 21. Parteitages. Wir beziehen uns auf den „Leitantrag“ und die Handlungsorientierung des 21. Parteitages.

Grundlage ist mithin die zentral beschlossene Politik mit ihren Schwerpunkten Antimilitarismus, Antifaschismus und Antimonopolismus. Unsere Aufgabe im Bezirk wird es sein, aus diesen zentralen Vorgaben unsere Politik im bezirklichen und überbezirklichen Maßstab zu entwickeln.

Diese Entwicklung ist gebunden an die konkreten Verhältnisse im Bezirk – u. a. welche Konzerne die Politik in NRW wie bestimmen. Ebenso ist die Entwicklung abhängig von dem Aktionswillen und der Handlungsfähigkeit der Gruppen und Kreise. Geben wir eigene Anstöße oder hängen wir uns bei anderen dran? Notwendig wird in diesem Bereich eine enge Abstimmung mit unserem Nachbarbezirk Ruhr-Westfalen sein.

Ein Arbeitsplan strukturiert die Politikbereiche nach Themen, Ablauf und Kontrolle. Diese Zusammenhänge entwickeln sich aus beschlossenen Schwerpunkten. Sie unterliegen aber nicht einem starren Schema, sondern greifen flexibel und aktuell in die politischen Entwicklungen ein. – Aktivitäten sind nicht „verboten“, nur weil sie im Arbeitsplan nicht prognostizierbar waren.

In Planung und Umsetzung zeigt die DKP ihr eigenständiges Profil. Ausgangspunkt ist, dass diese Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist. Die Benennung der Probleme und Problemlösungen geht von diesen antagonistischen Kräften aus. Deutlich wird die begrenzte Möglichkeit, Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Systems anzugehen oder gar aufzulösen. Vornehmstes Ziel ist es, deutlich zu machen, dass der Kapitalismus überwunden werden muss und das Bewusstsein jeweils so zu schärfen, dass sich ein Klassenbewusstsein entwickelt und aus Klassenbewusstsein erhöhte Aktivitäten der Klasse entstehen. Dieser Prozess vollzieht sich dialektisch.

Der Kampf um Reformen in der Kommune, in Betrieb, Friedensbewegung, ökologischen Aktionen ist dann sinnvoll, wenn wir die Klassenfrage nie außer Acht lassen und die Dialektik von Reform und Revolution beachten.

Der Sprecherrat, das Sekretariat und der Bezirksvorstand sind keine Organe, die alleinverantwortlich für die politische Praxis sind. Die politische Arbeit unseres Bezirkes kann daher nur so gut und erfolgreich sein, wie sie von den Gruppen und Kreisen aufgegriffen und umgesetzt wird. Dies gelingt umso besser, wenn unsere Entscheidungsprozesse transparent geführt werden und das Engagement aller Genossinnen und Genossen als selbstverständlich verstanden wird. Wir befinden uns also in einem wechselseitigen Prozess gemeinschaftlich erarbeiteter theoretischer Vorgabe und gemeinschaftlicher politischer Praxis.

2. Struktur unseres Bezirkes

Unser Bezirk umfasst den südlichen Teil des Bundeslandes NRW. Hier wohnen etwa 8,5 Mio. Menschen in 15 politischen Kreisen und 11 kreisfreien Städten. 14 Städte haben 100.000 und mehr Einwohner.

Wir verfügen in 13 der 14 Städte mit 100.000 und mehr Einwohnern über Partei- strukturen. Weitere 12 Parteigruppen verteilen sich auf kleinere Städte. Zusammengefasst werden diese Grundeinheiten in 17 Kreisorganisationen, von denen lediglich 4 Kreise über mehr als eine Grundorganisation verfügen.

In acht Kreisorganisationen verfügen wir über insgesamt ca. 15 Rat- oder Bezirks- vertretungsmandate. In der Regel auf dem Ticket der PDL oder durch Übertritte aus der PDL zu uns.

Unser Bezirk wird neben den traditionellen Industrien, im wesentlichen Stahl, Chemie, Energieerzeugung und Maschinen- und Fahrzeugbau, mit ihren produzierenden und verwaltenden Konzernen und Großbetrieben vor allem auch von Betrieben und Einrichtungen mit hohem forschenden und technologischen Potential geprägt. Diese forschenden und technologischen Potentiale finden wir sowohl in den traditionellen industriellen Konzern- und Großbetriebsbereichen, als auch in vielen kleineren und mittelständischen Unternehmen sowie an mehreren Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen. Darüber hinaus verfügt unser Bezirk nach wie vor über einen nicht unerheblichen landwirtschaftlichen Bereich am Niederrhein, in der Kölner Bucht, im Bergischen- und im Sauer- und Siegerland.

Ein Merkmal unseres Bezirks ist die zunehmende Deindustrialisierung. Gut bezahlte und eine gute Ausbildung erfordernde Industriebetriebe werden zunehmend weniger. Wenn sie denn ersetzt werden, dann in der Regel durch Berufe im sogenannten tertiären Sektor, d.h. im Dienstleistungsbereich. Dieser tertiäre Sektor zeichnet sich dadurch aus, dass er erstens häufig schlecht organisiert ist. Er ist zweitens oft einfach strukturiert. Deswegen sind die Ausbildungsstandards niedrig. Es werden, wenn überhaupt, ausgebildete Facharbeiter beschäftigt und vielfach Un- und Angelernte. Und drittens ist unter anderem aus den beiden vorgenannten Gründen mit Löhnen zu kämpfen, die gerade einmal das Existenzminimum sichern.

Unter den noch verbliebenen traditionellen Industriestandorten mit Konzernstruktur befinden sich im wesentlichen Betriebe der Chemischen Industrie (ehemaliger Bayerkonzern, Henkel, Evonik), des Maschinen- und Anlagenbaus (Siemens, Thyssen- Krupp, Deutz, SMS Siemag, A. Mannesmann), des Automobilbaus (Ford und Daimler) und der Energiegewinnung (RWE). Die Anzahl der Stahlproduzenten ist in unserem Bezirk auf drei zusammengeschrumpft.

Eine Politik für das Land NRW ist wegen der nicht entwickelten Zusammenarbeit mit unserem Nachbarbezirk Ruhr nur sehr rudimentär vorhanden.

3. Unsere politisch-inhaltlichen Schwerpunkte

Wenn wir als Bezirksorganisation politisch wirksam werden wollen, gilt es politisch nicht auf "allen Hochzeiten" zu tanzen, sondern sich auf die beiden in unseren Augen wesentlichen heutigen Herausforderungen einzustellen. Das sind in Übereinstimmung mit der Orientierung des 21. Parteitages die Bereiche Frieden und Antifaschismus, wobei der antimonopolistische Kampf hier die Klammer zwischen beiden bildet. Alle Aktivitäten sollten diese beiden Schwerpunkte in den Mittelpunkt stellen bzw. Bezüge dazu herstellen.

Im Antimilitaristischen- und Friedenskampf wollen wir vor allem den Kampf für

Rüstungskonversion in den Mittelpunkt stellen und die Rüstungsfirmen in unserem Verantwortungsbereich unmittelbar angehen.

Wir wollen dazu beitragen, die Ostermarschbewegung weiter zu verbreitern, und diskutieren in unseren Kreisen und Gruppen, wie wir dazu beitragen können, vor allem wieder zu regionalen und kommunalen Ostermarschaktionen zu kommen, die den zentralen Ostermarsch unterstützen. Weiterhin werden wir die Bewegung gegen die NATO-Kommandozentrale in Kalkar unterstützen, auch wenn Kalkar nicht in unserem Organisationsbereich liegt.

Der antifaschistische Kampf sollte vor allem ein bezirkswweit koordiniertes Vorgehen gegen "Rechte Aufmärsche" im Fokus haben. Dazu suchen wir die Zusammenarbeit mit der VVN-BdA und anderen antifaschistischen Organisationen und Bündnissen. Unsere Aufgabe wird es sein, über die Wurzeln und Ursachen des Faschismus aus unserer Sicht aufzuklären.

Besondere Bedeutung wird der Kampf gegen die AFD gewinnen, die vor allem mit sozialer Demagogie punktet. Unser Ansatz ist hier vor allem, den Bürgern deutlich zu machen, dass die AFD im Gegenteil zu ihrer Selbstdarstellung die Partei der Herrschenden ist.

Wir müssen unser soziales Profil schärfen und aufzeigen, wo in unserem Lande die Verursacher von sozialen Notständen sitzen. Wir kämpfen um mehr und gut bezahlte Arbeitsplätze, um mehr und bezahlbare Wohnungen, um mehr und bessere Versorgung in den Bereichen Kinderbetreuung, Gesundheit und Bildung.

Wenn wir uns auf diese beiden Schwerpunkte konzentrieren, heißt das aber nicht, dass wir Politik nur zu diesen Bereichen erarbeiten. Schon gar nicht heißt das für die Gruppen und Kreise unserer Bezirksorganisation, sich hier zu beschränken. Im Gegenteil sehen wir diese Schwerpunkte als Möglichkeit, den unterschiedlichen Ansätzen in den Gruppen und Kreisen eine bezirkliche Klammer zu geben, um so auch immer die bezirkliche Komponente unserer gemeinsamen Arbeit sichtbar zu machen.

Kampf gegen Faschismus, Militarismus und Rassismus bedeutet in der jetzigen Situation in allen Bereichen deutlich zu machen, dass die Arbeiterklasse der BRD und die Geflüchteten die gleichen Interessen haben, vor allem was die Bereiche der Daseinsvorsorge betrifft. Nur die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfes für die gemeinsamen Interessen kann die Zunahme von faschistischen und rassistischen Tendenzen entgegenwirken, und nur so ist eine Durchsetzung der Interessen zu erreichen.

4. Unsere organisationspolitischen Schwerpunkte

Im Mittelpunkt unserer Organisationspolitik steht die Stärkung der Gruppen- und Kreisorganisationen. Dabei soll dies nicht von oben nach unten bestimmt werden, sondern gemeinsam mit den Grundorganisationen. Es wird mindestens zweimal im Jahr eine Gruppen- und Kreisvorsitzendenberatung durchgeführt.

Dort findet ein Erfahrungsaustausch der Grundorganisationen untereinander statt, und die sich daraus ergebenden Erfahrungen und Möglichkeiten im Bezirk werden verallgemeinert. Bei diesen Beratungen spielt vor allem das Herangehen an die Erfahrung in der Kommunalpolitik eine wesentliche Rolle.

Parallel dazu finden Beratungen über die Kassierung und die Bildungsarbeit statt.

Ein zweiter Schwerpunkt der Organisationspolitik muss die Mitgliederentwicklung in den Grundorganisationen werden. Dabei kommt der Jugendkommission eine wichtige Rolle zu.

Es werden vor allem Maßnahmen überlegt, wie junge Mitglieder und vor allem Genossinnen in die Parteiarbeit integriert werden können. Bildung kann z.B. durch die Teilnahme an Kursen der Karl Liebknecht Schule die Entwicklung junger Genossen/innen fördern.

Ein dritter Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit der SDAJ. In unserem eigenen Interesse ist es wichtig, die SDAJ-Gruppen zu unterstützen und zu fördern, denn wir brauchen einen starken Jugendverband.

Der Erfolg unserer Organisationspolitik wird sich daran messen lassen, inwieweit es uns letztlich gelingt, unsere Parteistrukturen im Bezirk zu festigen und zu entwickeln. Das heißt, inwieweit es uns gelingt, neue Grundorganisationen zu gründen, bzw. strukturiert ans Arbeiten zu bringen, und wie es uns gelingt, vor allem junge Genossen/innen in die Verantwortung einzubeziehen und zu fördern.

Grundlage für alle Schritte ist die Neuaufnahme von Mitgliedern, deren Integration in die Parteiarbeit und deren politisch-ideologische Entwicklung.

5. Kommunalpolitik

Kommunalpolitik ist Politik – ausgehend vom Standpunkt der Klassen: „Kommunistische Kommunalpolitik ist die Interessenvertretung der Arbeiterklasse und anderer nichtkapitalistischer Schichten auf der kommunalen Ebene.“ (PV 2/2012) Dazu gehören

- der Kampf um vernünftigen, bezahlbaren Wohnraum
- der Kampf um den möglichst wohnortnahen, kostenfreien oder günstigen (Zugang zu Kultur, u.a. zu Bibliotheken, Theatern etc.
- der Kampf um wohnortnahe Sporteinrichtungen, die zu möglichst kostenfreien Konditionen genutzt werden können
- der Kampf um Mobilität, unter anderem um kostengünstigen – oder besser freien – öffentlichen Personennahverkehr
- der Kampf um ausreichende Anzahl von Sozialeinrichtungen mit qualifiziertem Personal
- der Kampf um eine Städteplanung, die sich an den Interessen aller Einwohner und der Umwelt orientiert
- der Kampf um einen wohnortnahen Zugang der Menschen zur Versorgung mit Waren und Dienstleistungen.

Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zu ergänzen sind der finanzpolitische Rahmen der Kommunen, der Druck der Banken und Konzerne auf die Kommunen, die steuerpolitischen Vorgaben durch Bund und Land. In diesem Kontext steht aktuell die Problematik der Integration der Flüchtlinge.

Wir versuchen, konkrete Ansatzpunkte für den gemeinsamen Kampf von Geflüchteten und Einheimischen für übereinstimmende Interessen zu finden.

Die Abhängigkeiten in Städten und Kreisen zeigen sich in der Politik der Privatisierung

kommunalen Eigentums und Übertragung kommunaler Dienstleistungen auf den privaten Sektor. Diese Schritte werden von einer „Verschlankung“ der Verwaltungen und Lohndrückerei bei den kommunalen Beamten, Angestellten und Arbeitern begleitet.

Der konkrete Klassenkampf in der Kommune ist außerparlamentarisch und in den Rathäusern Aufgabe der Grundeinheiten und der Mandatsträger. Der Primat liegt im „außerparlamentarischen“ Kampf.

Der Bezirk Rheinland-Westfalen verfügt seit der Neukonstituierung der DKP über umfangreiche kommunalpolitische Erfahrungen in zahlreichen Rathäusern und Bezirksvertretungen. Die Partei hat auf diesem Arbeitsfeld vielfache Anregungen gegeben, Bündnisarbeit geleistet, Erfolge gesammelt und von vielen Bürgern Zuspruch erfahren.

Um zu einer genaueren Bilanz unserer Kommunalpolitik zu kommen, wollen wir mit den Kreisen und Gruppen erfassen, wie wo (Mandat, Kleinzeitung,...) gearbeitet wird. Dazu wollen wir ein Tableau entwickeln, das gemeinsam ausgewertet wird. Ziel ist es, zu einem optimalen Informationsaustausch zu kommen, der den Grundeinheiten und Mandatsträgern jeweils aktuelle Anstöße gibt und in Kooperation mit der KLS Grundlagenwissen vermittelt.

Der Bezirksvorstand sieht sich in der Aufgabe, die Erfahrungen gemeinsam auszuwerten und neue Aktivitäten zu koordinieren.

Dazu soll es regelmäßige Treffen der Verantwortlichen geben. Daneben wird ein „Infodienst“ als aktueller Informationslieferant konzipiert.

6. Wirtschafts- und Sozialpolitik

In den vergangenen Jahren hat sich die W+S-Arbeit im Bezirk vor allem in zwei Bereichen gezeigt: im Bereich der W+S-Kommission und der Bayer AG. Trotz redlichen Bemühens der G+G, die in den Bereichen gearbeitet haben, ist von beiden Bereichen zu wenig im Bezirk angekommen.

Die W+S-Arbeit in den Kreisen erschöpfte sich in der Regel in Einzelaktionen anlässlich von Streiks oder Tarifrunden. Sie ist in unserem Bezirk nicht wirklich verankert. Dies gilt es zu ändern.

Wir sind uns darüber im klaren, dass dies nicht von heute auf morgen geschehen kann, sondern sehen darin eine generelle Aufgabenstellung, die nur in enger Zusammenarbeit mit den Kreisen und Grundorganisationen unserer BO zu bewältigen ist.

Als Organe der W+S-Arbeit in unserem Bezirk sehen wir

- die W+S-Kommission, die mindestens einmal pro Quartal zusammen kommt. Deren Arbeit gilt es zu verbreitern und mehr G+G in die Arbeit einzubeziehen. Aufgabe der W+S-Kommission soll es sein

1. längerfristig eine Konzeption zu entwickeln, wie die W+S-Arbeit und die Orientierung auf die betriebliche Arbeit im Bezirk vorangetrieben und wirklich verankert werden kann,
2. den Kreisen und Grundeinheiten eine unmittelbare Orientierung auf die

- betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit zu vermitteln und dabei Hilfestellungen zu geben, sowie gemachte Erfahrungen zu verallgemeinern
3. bei kreisübergreifenden Themen die bezirksweite Diskussion zu führen und zentrale Aktionen zu entwickeln und
 4. mit der regelmäßigen Teilnahme an der zentralen W+S-Kommission die Entwicklung der für die Gesamtpartei gültigen W+S-Politik mit zu gestalten und die bundesweit gemachten Erfahrungen für unseren Bezirk nutzbar zu machen.

Eine weitere Aufgabe der W+S-Kommission sollte es sein, möglichst kurzfristig einen Maßnahme- und Terminplan zu erarbeiten, der die generellen Themen dieses Arbeitsplanes aufgreift und mit konkreten Verantwortlichkeiten in die Zukunft hinein plant.

- der Bayer-AK. Hier gilt es vor allem die neue Situation im ehemaligen Bayer-Konzern und seinen ausgegliederten Teilbereichen zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen für unsere bezirkliche Schwerpunktarbeit im betrieblichen Bereich zu ziehen. Diese Schlussfolgerungen müssen beinhalten, ob und wie es uns

1.) gelingt, die immer weiter auseinanderdriftenden Belegschaften der ChemParks anzusprechen und ob und wie die "Pille" möglicherweise zu einer Betriebszeitung für die gesamten ChemPark werden kann und ob und wie es uns

2.) gelingt, den Bayer-AK aus seiner relativen Isolierung im Bezirk herauszuholen, indem es gelingt, die übergeordnete Bedeutung dieses betrieblichen Schwerpunktes für den gesamten Bezirk deutlich zu machen.

Eine regelmäßige (drei Mal jährlich?) "Funktionärskonferenz", die die Aufgabe hat, unsere gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionäre zusammenzufassen und gemeinsam zu diskutieren, ob und wie es

1.) gelingen kann, diese geballte Kompetenz stärker für die W+S-Arbeit in unserem Bezirk nutzbar zu machen und

2.) den Erfahrungsaustausch untereinander zu organisieren, der von den Kreisen und Gruppen, in denen diese G+G oft mit ihrem Potential alleine dastehen, nicht geleistet werden kann.

Nach wie vor wird es ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein, Kreise und Gruppen in ihrem Widerstand gegen CETA, TTIP und TISA zu stärken. Dabei geht es vor allem um die Mobilisierung zur Teilnahme an bundes- und landesweiten Protestaktionen, zur Mitarbeit in NO-TTIP-Bündnissen. Auch das Einbringen von Anträgen gegen diese drei Freihandelsverträge in kommunale Selbstverwaltungsorgane ist ein Mittel, um die Protestbewegung weiter zu stärken.

Wir führen das Gespräch mit den Kreisen und Gruppen, ob und wie es gelingen kann, über den bezirklichen Schwerpunkt hinaus, einzelne Kreise an die regelmäßige Arbeit am Betrieb heranzuführen, auch ohne dass wir heute bereits einen Stützpunkt im Betrieb haben. Dafür nutzen wir vor allem die Meldungen in der lokalen Presse und die Informationen, die wir aus Gewerkschaftskreisen bekommen. Ergebnis sollte sein, dass es gelingt, wenigstens in einem Kreis auf eine solche Arbeit konkret zu orientieren mit dem langfristigen Ziel, mit den Kolleginnen und Kollegen des Betriebes ins Gespräch zu

kommen, eine Betriebszeitung zu entwickeln, die konkrete Probleme im Betrieb aufnimmt, und einen Stützpunkt in diesem Betrieb zu gewinnen.

7. Jugendpolitik

Unsere erste Aufgabe ist die Verbesserung der Lage der lernenden und arbeitenden Jugend. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der DKP, junge Menschen für die Partei zu interessieren und zu werben. Nach dem Mitgliedsbuchumtausch 2014 lagen die Zahlen deutlich auf dem Tisch.

Bei der Auflistung der Auswertung zeigte sich, dass 83% der Mitglieder älter als 50 Jahre sind und wir Defizite bei der Werbung von Jugendlichen und jüngeren Mitgliedern haben. Dies ist existenzbedrohend für die Partei. Es ist für die DKP im eigenen Interesse, eine aktive Jugendarbeit zu entwickeln.

Neben einer eigenständigen kommunistischen Jugendarbeit kommt vor allem der Zusammenarbeit mit und die Unterstützung der SDAJ eine entscheidende Rolle zu. Gerade von einer starken SDAJ können wir auch Impulse für eine jugendpolitische Arbeit bekommen.

- Die DKP Rheinland-Westfalen fordert die Jugendkommission des Parteivorstandes auf, ein eigenes Jugendprogramm zu entwickeln und arbeitet daran mit.
- Wir organisieren einen regelmäßigen Informations- und Meinungsaustausch zwischen dem Sekretariat der DKP Rheinland-Westfalen und dem SDAJ-Landesarbeitsausschuss Rheinland-Westfalen.
- Vor allem dort, wo es keine SDAJ-Gruppen gibt, sind Materialien der SDAJ an Infoständen der DKP eine Selbstverständlichkeit.
- Die DKP-Gruppen und Kreise unterstützen die örtliche Arbeit der SDAJ sowohl politisch-ideologisch als auch organisatorisch und finanziell.
- Die DKP Rheinland-Westfalen wirbt in Ihren eigenen Reihen um Mitglieder für den Verein SOJA zur Unterstützung sozialistischer Jugendarbeit.
- Die DKP Rheinland-Westfalen unterstützt das Pfingstcamp 2016 und das Festival der Jugend 2017.

Der Arbeitskreis Jugendpolitik hat folgende Schwerpunkte:

- Erarbeitung jugendpolitischer Schwerpunkte für den Bezirk
- Unterstützung der Gruppen und Kreise bei der Suche nach ReferentInnen zur Jugendpolitik oder zur Unterstützung der SDAJ
- Entwicklung eines Konzeptes zur Unterstützung jugendpolitischer Initiativen, insbesondere die der Gewerkschaftsjugend, für eine qualitative Bildung und Berufsausbildung für alle Jugendlichen.
- Da, wo es möglich ist, Unterstützung der Initiativen für bundeswehrfreie Schulen / Kein Werben fürs Sterben

8. Marxistisch-leninistische Bildungsarbeit

Angeleitete Bildungsarbeit hat in den vergangenen Jahren in unserem Bezirk eine untergeordnete Rolle gespielt. Wenn wir erreichen wollen, dass die Gruppen und Kreise

stärker in die Lage versetzt werden, möglichst eigenständig Politik für ihren jeweiligen Verantwortungsbereich zu entwickeln, müssen sie fähig sein, politische Zusammenhänge zu erkennen und daraus eigene Aktionstätigkeit zu entwickeln.

Dazu ist als Einstieg zunächst eine Bestandsaufnahme notwendig, inwieweit in den Gruppen und Kreisen unseres Bezirks

- regelmäßige Bildungsabende stattfinden,
- ob es Bildungsverantwortliche gibt,
- ob die Angebote der Karl-Liebknecht-Schule [KLS] und/oder
- die Empfehlungen der Bildungskommission des Parteivorstands genutzt werden.

Um in allen Situationen - bei der planmäßigen Arbeit, der Entwicklung der Gruppen und Kreise, bei der Bündnisarbeit, am Infostand, im Bekanntenkreis – bestehen zu können, benötigen wir ein Grundwissen der marxistischen Philosophie, der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus'. Nur auf dieser Grundlage können wir Politik entwickeln und Orientierung geben. Die Einsicht, dass Geschichte seit jeher die Geschichte von Klassenkämpfen ist und sich auf einer materiellen Grundlage entwickelt, hilft uns, die Veränderbarkeit der Gesellschaft darzustellen.

In der KLS werden zu den oben genannten Themen Wochenend- und auch mehrtägige Seminare angeboten. Diese Angebote sind bisher in den Kreisen und Gruppen unseres Bezirks nur spärlich genutzt worden. Dies müssen wir durch eine verbesserte Bildungsplanung verändern.

Die Angebote der Marx-Engels-Stiftung, die für uns räumlich erreichbar sind, nutzen wir ebenfalls für unsere Bildungsarbeit.

Auf Bezirksebene streben wir die Einrichtung einer Bildungskommission an, die die Aufgabe hat:

- bei der Gewinnung von Referentinnen und Referenten für die Bildungsarbeit in den Gruppen und Kreisen behilflich zu sein.
- die Bildungsverantwortlichen der Gruppen und Kreise bzw. interessierte Genossinnen und Genossen zusammenzufassen,
- die Entwicklung von Bildungsarbeit zu diskutieren und zu planen und (
- Überlegungen zur Einbeziehung der Gruppen und Kreise zu entwickeln, (
- den Kontakt zur zentralen Bildungskommission herzustellen und zu halten, um (so aus den Erfahrungen anderer Bezirke zu lernen. (
- Einen Plan zur regelmäßigen Delegation von Genossinnen und Genossen zu (Lehrgängen an der KLS zu entwickeln.

9. Zusammenarbeit mit der Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen

In Vorbereitung der 20. Bezirksdelegiertenkonferenz hatten wir einen regelmäßigen Diskussionszusammenhang mit unserer Nachbarbezirksorganisation Ruhr entwickelt, der sich allerdings im Wesentlichen auf das Problem einer (Zusammenlegung beider Bezirke beschränkt hatte. Dieser Diskussionszusammenhang ist wegen der unterschiedlichen Beschlüsse beider BDKs nach der 20. BDK abgerissen. Positiver "Nebeneffekt" dieser gemeinsamen Gespräche war das Forderungsprogramm für NRW und das

“Sonderprogramm” zur Bildungspolitik in NRW. Diese Programme gilt es aufzugreifen und zu aktualisieren.

Wir werden diesen gemeinsamen Gesprächszusammenhang wieder aufnehmen. Dabei gilt es zunächst abzustecken, auf welche Bereiche sich die gemeinsamen Gespräche erstrecken. Unabdingbare Inhalte dieser gemeinsamen Gespräche werden die Überarbeitung der beiden Programme und die Erarbeitung einer gemeinsamen Haltung und eines gemeinsamen Herangehens zu den in 2017 anstehenden Landtagswahlen sein.

Mittelfristig stellen wir uns eine ständige Arbeitsgruppe beider Bezirke zur NRW-Landespolitik vor.

Eine mögliche Zusammenlegung beider Bezirke ist für unseren Bezirk nach wie vor ein Gesprächsthema, ohne dass wir dies aktuell offensiv nach vorne treiben wollen. Eine solche Maßnahme kann, das hat die Diskussion im Vorfeld und das Ergebnis der 20. BDK gezeigt, nur der Endpunkt einer vertrauensvollen und entwickelten Zusammenarbeit sein und muss politisch von allen Seiten gewollt sein.

10. Weitere Arbeitsfelder unserer Bezirksorganisation

Neben den durch persönliche Verantwortlichkeiten abgedeckten Arbeitsfeldern Kommunales, W+S, marxistisch-leninistische Bildungsarbeit, Jugend und GO-Entwicklung bleiben noch mehrere Arbeitsfelder, für die bisher keine persönlichen Verantwortlichkeiten gefunden wurden. Zu nennen sind hier in erster Linie unsere Friedensarbeit, unsere Antifa-Arbeit und unsere Frauenarbeit.

Bei den ökologischen Themen konzentrieren wir uns auf die Bereiche „Braunkohle“, AKWs (Tihange) und auf schwerwiegende Probleme der verkehrlichen Infrastruktur: Rheinvertiefung und Hafenausbau (Reisholz). Die vermeintlichen Antagonismen von Ökologie und der Sicherung bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze sind unter Klassengesichtspunkten zu klären. Der Bezirk orientiert ferner auf die Auseinandersetzung mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.

Perspektivisch wird die Aufmerksamkeit auf die Kulturarbeit gerichtet. Das UZ-Pressfest kann dafür erste Erfahrungen vermitteln. Wir sehen die Möglichkeit, vor allem den Kulturbereich aus der Pressefestkommission heraus zu entwickeln.

Langfristig sind wir gefordert, die wichtigsten dieser Bereiche durch persönliche Verantwortlichkeiten, durch eigene Kommissionen bzw. Arbeitskreise abzudecken.

Die Arbeit mit der UZ (Gewinnung neuer Leser und Abonnenten) muss organisatorisch-politisch verbessert werden. Dazu nimmt der BV Kontakt zum Verlag und zur Redaktion auf..

Wir setzen uns das Ziel, bis zum Ende des Jahres 2016 zumindest in den Bereichen Frauenpolitik, Antifa und Antimilitarismus zu entsprechenden Strukturen zu kommen. Die Aufgabe dieser Strukturen wird es sein, neben einer Bestandsaufnahme der Arbeit in den Gruppen und Kreisen und dem Kontakt zu den entsprechenden Kommissionen und Arbeitskreisen des PV, Konzeptionen für eine effektive Arbeit unserer BO auf diesen Politikfeldern zu entwickeln.

Neben diesen drei vorrangig zu entwickelnden Arbeitsfeldern wäre es wünschenswert, wenn es bis zum Ende der Arbeitsplanperiode gelingen würde, zumindest für den Bereich der Ökonomischen- und der Kulturarbeit persönliche Verantwortlichkeiten zu finden mit der Aufgabe entsprechende Kommissionen/AGs ins Leben zu rufen.